



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. März 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

P 810 Postulat Schneider Andy und Mit. über die Weiterführung von Massnahmen zur Linderung und zur Prävention psychosozialer Corona-Folgen im Schulbereich / Bildungs- und Kulturdepartement

Das Postulat P 810 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Andy Schneider hält an der Dringlichkeit fest.

Andy Schneider: Ich beantrage die dringliche Behandlung meines Postulats aus folgenden Gründen: Erstens: Der Regierungsrat wird aufgefordert, Massnahmen zu treffen, um Kinder und Jugendliche in der Pandemie und deren Folgen zu unterstützen. Anfang Februar und auch heute sind eindrucksvolle Artikel zu dieser Thematik in der «Neuen Luzerner Zeitung» erschienen. Zweitens: Die Weiterführung und die Ausdehnung der Massnahmen erlauben keinen Aufschub, weil jetzt schon die Situation an den Schulen gemäss Umfrage beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) und bei den Schuldienstleitenden dringender Handlungsbedarf besteht und die Gefahr besteht, dass die Kinder aufgrund der Wartezeiten chronische Schäden erleiden, weil sie keine Unterstützung erhalten. Drittens: Das Anliegen tangiert kein laufendes Verfahren, im Gegenteil, der Regierungsrat hat per sofort und für die Zukunft die Unterstützungsmassnahmen zu erhöhen. Viertens: Der Zuständigkeitsbereich liegt beim Kanton Luzern, weil die Volksschulen in der Verantwortung des Kantons und der Gemeinden liegen. Fünftens: Ich gebe zu bedenken, dass bereits im März 2021 unser Rat das Postulat P 512 zum gleichen Anliegen dringlich und danach erheblich erklärt hat. Aus diesen Gründen halte ich an der Dringlichkeit fest und bitte Sie, ihr zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bitte Sie, der Dringlichkeit nicht stattzugeben. Das ist selbstverständlich ein wichtiges Thema, es geht um die Gesundheit unserer jungen Bürgerinnen und Bürger, aber es ist wirklich nicht dringend. Es ist auch nicht so, dass die Regierung nicht arbeitet, wenn kein Postulat eingegangen ist. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Wir behandeln das Thema selbstverständlich, wir sind in Kontakt mit den Schulleitungen, den Gemeinden und der Dienststelle Volksschulbildung (DVS).

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 90 zu 22 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Andy Schneider: Ich möchte zuerst den Parteien für die Unterstützung der Dringlichkeit danken, sodass jetzt die Stellungnahme der Regierung vorliegt. Es freut mich, dass der Regierungsrat die Erheblicherklärung beantragt und bereit ist, angesichts der sehr schwierigen Situation die Kinder und Jugendlichen im Schuljahr 2022/2023 erneut zu unterstützen. Die Erhöhung der SOS-Massnahmen zeigt, dass einiges im Argen liegt. Auch das Projekt Integrative Sonderschulung (IS) ist ebenso wichtig und richtig. Der Regierungsrat hat dieses angestossen, um auch in diesem Bereich, der für viele Betroffene, aber auch für

die Schulen eine grosse Herausforderung darstellt, neue Wege zu gehen. Der Regierungsrat äussert sich auch zum Schulabsentismus und hat Schritte unternommen, um diesen abzufedern. Die Ukraine-Krise verbunden mit der Flüchtlingswelle und der Einschulung vieler Kinder wird aufgrund traumatischer Erlebnisse zusätzliche Unterstützung für diese Kinder fordern. All diese Aufgaben kommen auf die Schuldienste zu. Darum ist es richtig, die generelle und unbefristete Erhöhung der Pensen im Schuldienst anzustreben. Ich danke dem Regierungsrat nochmals für die Stellungnahme und bin froh, wenn Sie das Postulat erheblich erklären.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Es gibt aus der Corona-Krise gewisse Restanzen, die mit einzelnen Schülerinnen und Schülern noch aufgearbeitet werden müssen. Wir wollen aber nicht, dass wir das Thema Corona jetzt endlos mit Schulsozialarbeit bewirtschaften. Wenn wir zu einer Normalität zurückkommen wollen, müssen wir dieses Thema einmal hinter uns lassen. Es gibt aber viele andere Gründe – Andy Schneider hat sie genannt –, weshalb wir Schulsozialarbeit einsetzen müssen. Aus diesem Grund sind wir bereit, die Pensen unbefristet zu erhöhen – nicht, weil wir das Corona-Thema weiter bewirtschaften wollen, sondern weil wir die sich wirklich ergebenden Probleme in den Schulen mithilfe der Schulsozialarbeit lindern wollen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 106 zu 0 Stimmen erheblich.